

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Hirschberg gegen Flächenverbrauch

Entwicklung bei Veranstaltungen

Mit Sorge betrachten wir die jüngsten Entwicklungen im Ort im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Bürgerentscheid. Demokratische Prozesse leben vom offenen, sachlichen Austausch unterschiedlicher Meinungen. Leider mußten wir in den vergangenen Wochen feststellen, daß dieser Grundsatz zunehmend verletzt wird. Bei den letzten beiden öffentlichen Veranstaltungen kam es zu massiven Störungen. Besonders die Veranstaltung der Bürgerinitiative am 30.10.2025 im Hilfeleistungszentrum wurde von namentlich bekannten Personen des Gemeinderates lautstark unterbrochen, was zu Tumulten führte. Bereits am 6.10.2025 wurden Teilnehmer beim Verlassen einer Veranstaltung verbal angegriffen, so daß dies zu Ängsten bei den Personen führte. Auch auf den von der BI genutzten sozialen Medien wurden unsachliche Kommentare, teilweise von bekannten Personen, veröffentlicht und mußten vom Provider entfernt werden.

Diese Entwicklungen geben Anlaß zum Nachdenken. Wir fragen uns, wohin eine solche Eskalation führen soll. Müssen Veranstaltungen zukünftig vielleicht sogar unter Polizeischutz stattfinden? Wir erinnern die Verwaltung daran, daß sie laut Gemeindeordnung Baden-Württemberg verpflichtet ist, für öffentliche Ordnung und den gesellschaftlichen Frieden zu sorgen. Darüber hinaus fordern wir Aufklärung zu offenen Punkten der Präsentation der Firma ProjektStadt in der Gemeinderatssitzung vom 30.09.2025. Unklar bleibt unter anderem:

- Warum in zwei Jahren eine Differenz von 505 Wohneinheiten entstanden ist.
- Wieso dieser Fehler erst in einer öffentlichen Sitzung auffiel und ob die Gutachten ausreichend geprüft wurden.
- Wieso bei der Entwicklung der Bevölkerungsprognose nur mit den Daten des Statistischen Landesamtes argumentiert wurde, die für die Fortschreibung mit Wanderung angegeben werden und nicht die Bandbreite aufgezeigt (Entwicklung ohne Wanderung)? Die Bandbreite beträgt 1.250 Personen und lässt daher eine ganz andere Interpretation bzgl. des Bedarfs von Wohnraum zu.
- Weshalb ausschließlich der lokale Bedarf betrachtet wurde und nicht die Entwicklungen der Nachbarkommunen mit berücksichtigt wurden.

Ferner unverständlich, daß die offensichtliche Falschaussage bzgl. eines nicht vorhandenen Verkehrsgutachtens von Seiten der Befürworter-Faktionen öffentlich unkommentiert bleibt von Seiten der Verwaltung. Diese Aussage ist in der Presse gewesen, außer einer kurzen Stellungnahme in der GR Sitzung vom 30.09.25 ist die Bürgerschaft nicht informiert worden (Presse, Gemeindeblatt). Wir halten dieses offensichtliche Fehlverhalten von den Befürwortern, die im GR Amts- und Würdenträger stellen, für nicht tragbar. Wir verweisen auf die Gemeindeordnung. Gemeinderäte sind zur Treue gegenüber der Gemeinde verpflichtet. Sie haben ihr Mandat nach bestem Wissen und Gewissen auszuüben und sollen dem Wohl der Gemeinde dienen. Wer bewußt Unwahrheiten verbreitet, verstößt gegen diese Pflichten.

Wir erwarten, daß die Verwaltung und der Gemeinderat ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, zum Wohl der Gemeinde handeln und für einen respektvollen, sachlichen Dialog sorgen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt darf nicht parteilichen Interessen geopfert werden.

Weitere Informationen gibt es auf der Homepage www.bi-hirschberg.de

Bürgerinitiative Hirschberg gegen Flächenverbrauch

Internet: www.bi-hirschberg.de

Email: BI.Hirschberg@t-online.de